



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
KAISERSLAUTERN



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 26, No.5-6/2011

**abgeschlossen am
25. Juni 2011**

	<u>Seite</u>
1. Republikaner drängen auf drastische Ausgabenkürzungen	1
2. Kontroverse Sonderbefugnisse des <i>USA PATRIOT Act</i> verlängert	3
3. Tauziehen um <i>War Powers</i> im Rahmen des NATO-Luftkrieges gegen Libyen	4
4. Repräsentantenhaus verabschiedet <i>Defense Authorization 2012</i>	9
5. Auswärtiger Ausschuss des Senats kritisiert Afghanistan-Hilfe	11
6. Demokraten fordern Novellierung von <i>Job Training</i>-Programmen	13
7. <i>Congressional Budget Office</i> warnt vor wachsender Staatsverschuldung	14
8. Demokratin gewinnt Nachwahl im Bundesstaat New York	15
9. Senator Kohl kündigt Rückzug aus der Politik an	16

1. Republikaner drängen auf drastische Ausgabenkürzungen

Die republikanischen Fraktionen im Congress haben im Mai und Juni 2011 ihre Bemühungen um die Durchsetzung eines drakonischen Sparkurses zur langfristigen Sanierung des Bundeshaushalts intensiviert.

Die Basis ihres fiskalpolitischen Vorstoßes, der auf die Einlösung des zentralen Wahlversprechens von 2010 zielt, ist die bereits im April 2011 vom Repräsentantenhaus mit den Stimmen der republikanischen Mehrheit verabschiedete Budget-Resolution für das Haushaltsjahr 2012.

Der unter Federführung des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Repräsentantenhauses Paul D. Ryan (R-Wisconsin) ausgearbeitete Rahmenplan (*Ryan Plan*) für den Bundeshaushalt (H Con Res 34) sieht nicht nur kurzfristig deutlich härtere Einschnitte vor als der Budgetvorschlag der Administration, sondern zielt auch auf langfristig wirksame Strukturreformen.

Die republikanische Resolution geht für 2012 von Gesamtausgaben von ca. 3.500 Mrd. USD aus und sieht eine Neuverschuldung von 995 Mrd. USD vor. Dies liegt um 179 Mrd. USD unter dem Ausgabenvorschlag der Administration. Damit soll die Neuverschuldung um knapp 15 Prozent geringer ausfallen.

Bis 2014 soll die Neuverschuldung auf ca. 489 Mrd. USD gesenkt werden und damit weniger als die Hälfte des aktuellen Niveaus betragen. Das soll durch Kürzungen in allen Bereichen mit Ausnahme der Rüstungs- und Sicherheitsausgaben, für die kleinere Zuwächse vorgesehen sind, erreicht werden.

Die Einsparungen sollen sich zum Einen aus dem Absenken nicht sicherheitsrelevanter Ausgaben unter das Niveau von 2008 ergeben. Zum Anderen sollen die Gehälter der Beamten bis 2015 eingefroren und die Zahl der Beschäftigten des Bundes um zehn Prozent reduziert werden. Darüber hinaus sind Kürzungen von Agrarsubventionen, Studentenförderungen und Job Training-Programmen vorgesehen (siehe auch Punkt 6).

Weitaus wichtiger als die strikten Einsparungen und die Haushaltsdisziplin sind allerdings die vorgesehenen Reformen, die sich vor allem auf die Sozialausgaben richten.

Offensichtlich mit Rücksicht auf die gescheiterte Privatisierungsinitiative unter Präsident George W. Bush aus dem Jahr 2005/06 wird für die Rentenversicherung die Einberufung einer Kommission vorgeschlagen, falls sich die Finanzierung als nicht nachhaltig erweisen sollte.

Für die Krankenversicherungsprogramme Medicare und Medicaid, die Rentenbezieher und einkommensschwache Familien abdecken, sind dagegen strukturelle Reformen

vorgesehen, die nicht kurz- oder mittelfristig, sondern langfristig hohe Beiträge zur haushaltspolitischen Konsolidierung liefern sollen.

Nach den Vorstellungen der Republikaner soll Medicare, die Krankenversicherung für Rentenbezieher, in ein Zuschussprogramm umgewandelt werden, das seinen bisherigen Leistungsbeziehern feste Beträge zahlt, um individuelle Versicherungspolice am privaten Markt abzuschließen.

Die Zuschüsse sollen sich jährlich um einen Inflationsausgleich erhöhen. Da die Preissteigerungsraten im Gesundheitssektor erheblich über denen der Gesamtwirtschaft liegen, ergeben sich enorme Einsparpotenziale. Allerdings werden die Kosten so auf die Rentenbezieher abgewälzt, die im Unterschied zum Staat als Großnachfrager kaum Preisdisziplin durchsetzen können.

Analog soll das gemeinsam von Bund und Einzelstaaten getragene Medicaid-Programm für einkommensschwache Familien ebenfalls in ein Programm mit festen Zuschüssen umgewandelt werden. Der Bund zahlt den Einzelstaaten danach nicht mehr einen Anteil der Ausgaben, sondern einen Fixbeitrag (*block grant*), dessen Zuwächse ebenfalls auf einen allgemeinen Inflationsausgleich begrenzt bleiben sollen.

Die Bürde von Kosteneinsparungen, Leistungskürzungen oder Mehraufwendungen wird in diesem Fall nicht auf die Leistungsbezieher, sondern die fiskalisch ohnehin stark unter Druck stehenden Einzelstaaten abgewälzt.

Die Demokraten im Congress lehnen die republikanischen Reformvorschläge jedoch ebenso kategorisch ab wie Präsident Barack Obama. Sie befürchten drastische Folgen für die Gesundheitsversorgung der betroffenen Bevölkerungsgruppen.

Im Repräsentantenhaus stimmte die demokratische Fraktion geschlossen gegen die republikanische Resolution. Vier Republikaner stimmten mit den Demokraten gegen die Annahme.

Auch in der Öffentlichkeit stoßen die republikanischen Reformkonzepte auf breite Ablehnung. In den Nachwahlen im konservativen 26. Wahlkreis im Bundesstaat New York gewann überraschend die Demokratin Kathy Hochul, die die Medicare-Reform zu ihrem zentralen Wahlkampfthema machte, gegen ihre republikanische Konkurrentin (siehe Punkt 8).

Ungeachtet des merklichen Dämpfers halten die Republikaner hartnäckig an ihrem Konzept fest und wollen auch im Senat eine Aufnahme struktureller Reformen in die Budgetresolution erreichen.

Als Hebel zur Durchsetzung ihrer Forderungen versuchen sie insbesondere die Anfang August 2011 fällige Anhebung der Obergrenze für die Bundesverschuldung zu benutzen. Während eine Nichtanhebung der Obergrenze aufgrund der gravierenden

ökonomischen Konsequenzen letztlich keine ernsthafte Option ist, pokern beide Seiten hoch.

Gespräche unter Führung von Vizepräsident Joseph Biden und Vertretern beider Parteien blieben weitgehend ergebnislos. Ein neuer Versuch im Rahmen einer Spitzengesprächsrunde mit Präsident Barack Obama und *Speaker* John A. Boehner (R-Ohio) soll nun neuen Schwung in die Verhandlungen bringen.

Allerdings beharren die Republikaner weiterhin auf ihrem Junktim zwischen der Anhebung der Schuldenobergrenze und drastischen Haushaltseinsparungen. Im Gegenzug fordern die Demokraten Steueranhebungen, um die Bundesverschuldung einzudämmen. Dies wiederum bezeichnen die Republikaner als eine nicht verhandelbare Position.

Während der Ausgang des Tauziehens zwischen den Parteien um die Budgetpolitik noch lange nicht entschieden ist, zeigt sich deutlich, dass die Demokraten vor dem Hintergrund der überbordenden Defizite in die Defensive geraten sind. Allerdings sind auch die Republikaner politisch verwundbar, sobald sie konkrete, unpopuläre Einsparvorschläge unterbreiten.

2. Kontroverse Sonderbefugnisse des USA *PATRIOT Act* verlängert

Der Congress hat Ende Mai 2011 die auslaufenden Sonderkompetenzen des USA *PATRIOT Act* (Uniting and Strengthening America by Providing Appropriate Tools Required to Intercept and Obstruct Terrorism Act of 2001) für geheimdienstliche Ermittlungen zur Terrorbekämpfung nach intensiver Debatte mit deutlichen Mehrheiten verlängert.

Im Senat stimmten 72 Senatoren für die Verlängerung, 23 sprachen sich dagegen aus und fünf enthielten sich der Stimme. Neben 19 Demokraten lehnten auch vier Republikaner die Vorlage ab.

Das Repräsentantenhaus nahm die Fortschreibung 250 gegen 153 Stimmen bei 29 Enthaltungen an. Neben 122 Demokraten votierten auch 31 Republikaner mit Nein.

Der nach den verheerenden Anschlägen vom September 2001 verabschiedete USA *PATRIOT Act* sollte es den ermittelnden Behörden erleichtern, terroristische Organisationen zu überwachen und Beweismittel sicherzustellen.

Zu den kontroversen Sonderbestimmungen, die nur zeitlich befristet gewährt worden sind, gehören insbesondere

- so genannte „*roving wiretaps*“, an Personen gebundene Überwachungsgenehmigungen, die es erlauben, einzelne Verdächtige über

wechselnde telefonische oder elektronische Kommunikationsmittel zu überwachen;

- die Befugnis, alle möglicherweise relevanten Dinge und Unterlagen („*any tangible thing*“) von Verdächtigen auch von privaten Unternehmen zu beschlagnahmen, sowie
- die Überwachung von Einzelpersonen („*lone wolf provision*“) ohne Verbindung zu terroristischen Organisationen.

Die Befürworter der Verlängerung der Sonderbefugnisse verwiesen auf die Handlungsfähigkeit der Geheimdienste, die sonst empfindlich eingeschränkt würde. Sie unterstrichen, dass die Auswertung und Nutzung der im Zuge des Schlags gegen den Terroristenführer Osama Bin Laden sichergestellten Informationen ohne die Verlängerung der Sonderbestimmungen kaum genutzt werden könnten.

Die Kritiker warnten davor, ohne hinreichende Informationen und Begründungen bürgerliche Freiheiten zugunsten der Staatsmacht einzuschränken. Sie forderten vor allem eine Fortsetzung der öffentlichen Debatte über die sensiblen Fragen.

Wie die Abstimmungsergebnisse deutlich machen, regt sich nicht nur auf dem linksliberalen Flügel der Demokratischen Partei Kritik. Auch der rechts-libertäre Flügel der Republikaner um ihren Wortführer Senator Rand Paul (Kentucky) hegt tief sitzende Zweifel an den weitgehenden Eingriffen in die Privatsphäre.

Senator Pauls Versuch, die Informationen aus Sicherheitschecks beim Kauf von Waffen durch Privatpersonen dem geheimdienstlichen Zugriff zu entziehen, ging jedoch selbst den meisten Kritikern der Fortschreibung zu weit. Ein entsprechender Änderungsantrag Pauls wurde im Senat mit 85 zu 10 Stimmen zurückgewiesen.

Präsident Barack Obama begrüßte während seiner Europa-Reise die Zustimmung des Congress zu der von ihm geforderten Verlängerung der Sonderbefugnisse nachdrücklich und autorisierte die Unterzeichnung des Gesetzes durch elektronische Unterschrift („*autopen*“).

3. Tauziehen um *War Powers* im Rahmen des NATO-Luftkrieges gegen Libyen

Im Congress hat sich die verfassungspolitische Auseinandersetzung mit der Exekutive um die Kriegsvollmachten im Rahmen der Militäroperationen der NATO gegen Libyen, an der sich die USA im Rahmen der Resolution 1973 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen seit dem 19. März 2011 beteiligen, verschärft (vgl. CR 3-4/2011, S. 5).

So lehnte das von den Republikanern kontrollierte Repräsentantenhaus am 24. Juni 2011 mit 295 zu 123 Stimmen eine Vorlage ab,

- die den begrenzten Einsatz („limited use“) amerikanischer Streitkräfte in Libyen im Rahmen der NATO-Mission zur Durchsetzung der Sicherheitsratsresolution 1973 für ein Jahr autorisiert hätte.

Gegen die Ermächtigung stimmten auch 70 Demokraten, wobei sich nur acht Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion im Repräsentantenhaus für die Gesetzesvorlage aussprachen.

Sie lehnt sich an eine Resolution des Senats an, die von den Senatoren John Kerry (D-Massachusetts) und John McCain (R-Arizona) eingebracht wurde, allerdings dort noch nicht zur Abstimmung gelangt ist. In der Kerry/McCain-Vorlage wird die Ablehnung der Entsendung von amerikanischen Bodentruppen nach Libyen unterstrichen. In Abschnitt 2 der Vorlage („Opposition to the Use of United States Ground Troops“) heißt es: „Congress does not support deploying, establishing, or maintaining the presence of units and members of the United States Armed Forces on the ground in Libya unless the purpose of the presence is limited to the immediate personal defense of United States government officials (including diplomatic representatives) or to rescuing members of NATO forces from imminent danger.“

Zuvor hatten 39 konservative Außenpolitikexperten wie Karl Rove, Paul Wolfowitz und R. James Woolsey einen offenen Brief an den Congress geschrieben und sich gegen jede Einschränkung des Handlungsspielraums von Präsident Obama im Luftkrieg gegen Libyen ausgesprochen. „Success is profoundly in our interests and in keeping with our principles as a nation. The success of NATO’s operations“, heißt es in dem Schreiben weiter, “will influence how other Middle Eastern regimes respond to the demands of their people for more political rights and freedom.“

Diese Einschätzung wurde im Senat nicht vorbehaltlos geteilt. So erklärte der Republikaner Bob Corker (R-Tennessee) im Zusammenhang mit der Libyen-Kontroverse: „I find it unbelievable that the president would seek the approval of the United Nations and the Arab League for military operations over Libya while sidelining the body that speaks for the American people, not even answering our questions.“

Im Repräsentantenhaus scheiterte am 24. Juni 2011 auch eine Resolution, die den Einsatz von amerikanischen Steuermitteln für den Luftkrieg gegen Libyen auf Maßnahmen wie die reine Überwachung des libyschen Luftraumes beschränkt und damit jeden direkten Kampfeinsatz amerikanischer Flugzeuge unterbunden hätte. Sie war von Thomas Rooney (R-Florida) eingebracht worden und wurde mit 238 zu 180 Stimmen abgelehnt.

Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus unter Führung von *Speaker* John Boehner (R-Ohio) hat Präsident Obama wiederholt vorgeworfen, sich im Rahmen der Durchsetzung der Flugverbotszone für den libyschen militärischen Luftverkehr und der Einrichtung von Sicherheitszonen zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung seit dem 19. März 2011 über das Kriegsvollmachtengesetz aus dem Jahr 1973 (Public Law

93-148) hinweggesetzt zu haben.

Unterstützung erhielt sie dabei von liberalen Demokraten im Repräsentantenhaus wie Dennis J. Kucinich (Ohio), die sich ebenfalls für ein Ende der amerikanischen Beteiligung am NATO-Luftkrieg gegen Libyen ausgesprochen haben.

Nach dem Kriegsvollmachtengesetz („War Powers Act“) kann der amerikanische Präsident Streitkräfte nur dann in Kampfhandlungen („hostilities“) einsetzen, wenn ein „nationaler Notstand“ durch einen Angriff auf die USA eingetreten ist oder der Congress im Einklang mit Artikel I, Absatz 8 der amerikanischen Verfassung eine Kriegserklärung verabschiedet hat.

Der Präsident ist nach Abschnitt 5 des Kriegsvollmachtengesetzes dazu verpflichtet, den Congress innerhalb von 48 Stunden nach der Entsendung von Streitkräften schriftlich darüber zu informieren, wie lange die Streitkräfte zum Einsatz kommen sollen. Erfolgt keine ausdrückliche Ermächtigung durch die Legislative, muss die Exekutive die Kampfeinsätze nach 60 Tagen beenden, kann diese Frist aber um 30 weitere Tage auf insgesamt 90 Tage verlängern, wenn der Präsident einen solchen Schritt für militärisch notwendig erachtet.

Das (verfassungs-)politische Tauziehen um die amerikanische Beteiligung am NATO-Luftkrieg gegen Libyen hat sich insbesondere seit dem 20. Mai 2011 zugespitzt, nachdem die 60-Tage-Frist im Rahmen des Kriegsvollmachtengesetzes abgelaufen war.

Zwischenzeitlich wurde auch die 90-Tage-Frist überschritten, ohne dass Präsident Obama eine Ermächtigung für die Beteiligung der USA am Luftkrieg der NATO gegen Libyens Machthaber Gaddafi eingeholt hat. „Der Präsident ist kein König und sollte auch nicht wie ein König agieren“, kritisierte beispielsweise der Abgeordnete Dan Burton (R- Indiana) Obamas Vorgehensweise.

Burtons Kritik fand breite Unterstützung innerhalb der republikanischen Mehrheitsfraktion des Repräsentantenhauses, wo vor allem neu gewählte Fraktionsmitglieder, die sich der *Tea Party*-Bewegung politisch verbunden fühlen, mit Verweis auf die amerikanische Verfassung eine Beteiligung des Parlaments an den Entscheidungen im Rahmen des Luftkrieges gegen Libyen verlangen. So erklärte der 2010 neu gewählte Republikaner Justin Amash (Michigan), dass er befürchtet, dass die USA im Rahmen ihrer Beteiligung an den NATO-Operationen gegen Libyen „an die Welt das Signal schicken, dass wir unsere Verfassung und unsere Prinzipien aufgegeben haben.“ Gemeint ist das Recht zur Kriegserklärung, das die Verfassungsgeber 1787 bewusst in die Hände der Legislative legten (Artikel I, Abschnitt 8). Amash, der für „empowering people, not government“ wirbt, sprach sich dafür aus, Obama die Haushaltsmittel für den Luftkrieg gegen Libyen zu verweigern.

Er steht für eine neue Generation von republikanischen Mitgliedern des Repräsentantenhauses, die sich als fiskal konservativ und weniger internationalistisch

als jene republikanischen Fraktionsmitglieder sehen, die während des Kalten Krieges politisch sozialisiert wurden. Diese der *Tea Party*-Bewegung nahe stehenden Republikaner verweisen auch auf die Einstellungsmuster der amerikanischen Öffentlichkeit, nach denen die Unterstützung in den USA für die amerikanische Beteiligung am Luftkrieg gegen Libyen seit dem Kriegsbeginn im März 2011 rapide abgenommen hat.

Einer *Gallup*-Umfrage vom 22. Juni 2011 zu Folge befürworteten nur noch 39 Prozent der Befragten die Militäraktion der USA gegen Libyen, während sie 46 Prozent ablehnen. Am 21. März 2011, also zwei Tage nach Beginn der militärischen Aktionen gegen Libyen, hatten noch 47 Prozent der Befragten diesen Schritt für gut geheißen, während sich 37 Prozent dagegen ausgesprochen hatten. Folgt man *Gallup*, dann ist vor allem die Unterstützung bei den Parteigängern der Republikaner massiv zurückgegangen. Lag sie im März 2011 noch bei 57 Prozent, war dieser Wert im Juni 2011 auf 39 Prozent zurückgefallen. Umgekehrt nahm die Prozentzahl derjenigen republikanischen Parteigänger, die sich gegen den Libyen-Krieg aussprachen von 31 auf 47 Prozent zu.

Bereits am 3. Juni 2011 hatte das Repräsentantenhaus eine nicht bindende Resolution verabschiedet (House Resolution 292), in der es sich mit 268 zu 145 Stimmen gegen die Entsendung von amerikanischen Bodentruppen nach Libyen aussprach. Diese Entscheidung wurde auch von 45 Mitgliedern der demokratischen Minderheitsfraktion mitgetragen. Nur zehn Republikaner im Repräsentantenhaus stimmten gegen ihre Fraktionsführung. Boehner begründete die Abstimmung damit, dass Präsident Obama die militärische Operation „dem amerikanischen Volk“ nicht erklärt habe. „Die Bedenken“ von Mitgliedern des Repräsentantenhauses seien „unbeantwortet geblieben“.

Die Obama-Administration hatte *Speaker* Boehner am 15. Juni 2011 einen 32 Seiten umfassenden Bericht mit dem Titel „United States Activities in Libya“ zugestellt (http://www.nytimes.com/interactive/2011/06/16/us/politics/20110616_POWERS_DO_C.html?scp=18&sq=congress%20and%20libya&st=cse). In ihm beziffert die Administration die bis zum 3. Juni 2011 für den amerikanischen Steuerzahler entstandenen Kosten auf 715,9 Mio. USD. Ferner hält die Administration auf S. 25 fest:

„Given the important U.S. interests served by the U.S. military operations in Libya and the limited nature, scope and duration of the anticipated actions, *the President had constitutional authority, as Commander in Chief and Chief Executive and pursuant to his foreign affairs powers, to direct such military operations abroad.* The President is of the view that the current military operations in Libya are consistent with the War Powers Resolution and do not under the law require further congressional authorization, because *U.S. military operations are distinct from the kind of “hostilities” contemplated by the Resolution’s 60 day termination provision.* U.S. forces are playing a constrained and supporting role in a multinational coalition, whose operations are both legitimated by and limited to the terms of a United Nations Security Council Resolution that authorizes the use of force solely to

protect civilians and civilian populated areas under attack or threat of attack and to enforce a no-fly zone and an arms embargo. *U.S. operations do not involve sustained fighting or active exchanges of fire with hostile forces*, nor do they involve the presence of U.S. ground troops, U.S. casualties or a serious threat thereof, or any significant chance of escalation into a conflict characterized by those factors.”
(Hervorhebung durch die Redaktion)

In ihrem Bericht an das Repräsentantenhaus beeilte sich die Obama-Administration darauf hinzuweisen, dass seit dem 1. März 2011 intensive Konsultationen mit dem Congress stattgefunden haben, darunter *Statements* von Regierungsvertretern in mehr als 10 *Hearings*, über 30 Briefings für Abgeordnete und deren Mitarbeiter, Dutzende von Telefonaten mit einzelnen Angeordneten und 32 Email-Updates für über 1600 Stabsmitarbeiter.

Allerdings ging die Administration nicht auf ihre internen Debatten ein, in denen Jeh C. Johnson, *General Counsel* im Verteidigungsministerium, und Caroline D. Kass, *Office of the Legal Counsel* im Justizministerium, den NATO-Luftkrieg gegen Libyen verfassungsrechtlich sehr wohl als *hostilities* und damit zustimmungspflichtig durch den Congress im Rahmen des Kriegsvollmachtengesetzes eingeordnet hatten.

Die Administration hatte die internen Kontroversen mit Verweis auf die Rechtsauffassung des *White Counsel* Robert F. Bauer für beendet erklärt, der die Auffassung vertrat, dass der Präsident den Luftkrieg gegen Libyen ohne zeitliche Begrenzung und ohne Autorisierung durch den Congress fortsetzen könne. Auch Harold H. Koh, *Legal Adviser* des Außenministeriums, war zu dem Schluss gekommen, dass die Beteiligung der USA am Luftkrieg gegen Libyen nicht mit *hostilities* im Rahmen des Kriegsvollmachtengesetzes gleichzusetzen sei. Kritiker wie Bruce Ackerman von *Yale University* haben daraufhin von „Legal Acrobatics“ und „Illegal War“ gesprochen und an die Verhaltensweisen der Administration von Obamas Amtsvorgänger im Weißen Haus erinnert, wo der damalige *White Counsel* Alberto Gonzalez ebenfalls einer sehr weiten Auslegung der verfassungsrechtlichen Prärogativen des amerikanischen Präsidenten nach dem 11. September das Wort redete. Eine Rückkehr der imperialen Präsidentschaft und eine enorme Politisierung des außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesses während der Präsidentschaft George W. Bushs waren die Folge gewesen.

Einen ganz anderen Diskussionszusammenhang im Kontext des NATO-Luftkrieges gegen Libyen hat der scheidende amerikanische Verteidigungsminister Robert M. Gates aufgemacht. Gates machte in einer Rede am 10. Juni 2011 in Brüssel auf das Problem der Lastenteilung innerhalb der Allianz aufmerksam. „The blunt reality“, so der Verteidigungsminister,

„is that there will be dwindling appetite and patience in the U.S. Congress - and in the American body politic – to expend increasingly precious funds on behalf of nations that are apparently unwilling to devote the necessary resources or make the necessary changes to be serious and capable partners in their own defense.”

So würden nur fünf der insgesamt 28 NATO-Mitglieder, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Griechenland und Albanien wie verabredet mehr als zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigungsausgaben aufwenden.

Dan Burton (R-Indiana), der Vorsitzende des *House Foreign Affairs Subcommittee on Europe*, kündigte in diesem Zusammenhang an, dass er im Rahmen der Bewilligungsgesetzgebung für den Verteidigungshaushalt und das Budget des State Department, Zusätze einbringen will, die jede militärische Unterstützung der USA für jene NATO-Staaten verbieten würde, die weniger als zwei Prozent ihres BIP für die Verteidigung ausgeben. Die republikanische Senatorin Kay Bailey Hutchinson (Texas) spricht davon, amerikanische Truppen aus Deutschland in ihren Bundesstaat zurückzuverlegen, weil auch Deutschland unter dem Ausgabenziel von zwei Prozent liegt. Ihr Fraktionskollege Bob Corker (R-Tennessee) argumentiert in eine ähnliche Richtung und verlangt ebenfalls ein ausgeglicheneres *burden sharing*.

Unterstützung erhalten diese kritischen Stimmen im republikanischen Lager des Congress von liberalen Demokraten wie Barney Frank (Massachusetts) im Repräsentantenhaus, der kürzlich von der NATO als „great drain on our treasury“ sprach. Auch der Demokrat Jim Webb (Virginia) räsoniert im Senat öffentlich darüber, ob die NATO-Aktionen gegen Libyen eine Bedrohung der vitalen Interessen der Allianz darstellen.

Alle diese Stimmen scheinen sich darüber einig zu sein, dass der Verweis auf den NATO-Kontext von der Administration dazu benutzt wird, um eine Militäroperation zu begründen, die sie mit Blick auf das Kriegsvollmachtengesetz für verfassungsrechtlich hochgradig problematisch erachten.

4. Repräsentantenhaus verabschiedet *Defense Authorization 2012*

Das Repräsentantenhaus hat am 26. Mai 2011 seine Vorlage zur Defense Authorization Bill 2012 mit 322 zu 96 Stimmen verabschiedet (*House Resolution 1540*). Mit dem so genannten Verteidigungsgenehmigungsgesetz entscheiden beide Kammern des Congress jährlich der Sache nach über die Mittelzuweisungen an das Pentagon. In einem zweiten Schritt wird dann im Rahmen der Verteidigungsbewilligung (*Defense Appropriation*) der Höhe nach über die jährlichen Verteidigungsausgaben vom Congress entschieden.

Die Vorlage des Repräsentantenhauses für die *Defense Authorization* im Haushaltsjahr 2012, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2011 beginnt, sieht einen Mittelansatz von 690 Mrd. USD vor, das sind 1,1 Mrd. USD mehr als von der Administration verlangt, aber 35 Mrd. weniger als im laufenden Haushaltsjahr vom Congress genehmigt wurden.

Kontrovers diskutiert wurde eine Reihe von Zusätzen, welche die Obama-Administration ablehnt. So möchte das Repräsentantenhaus die Entwicklung eines alternativen Triebwerks für den F-35 Joint Strike Fighter durch die Firma *General Electric Co.* fortführen, während sich das Pentagon dagegen entscheiden hat.

Auch möchte das Repräsentantenhaus eine neue Produktionsstätte für nukleare Waffen vor der Umsetzung des *New START*-Abrüstungsvertrages (vgl. CR 1-2/2011, S. 2) fertigstellen, was die Administration als Eingriff „on the president’s authority to implement the New START treaty and U.S. nuclear weapons policy“ ansieht.

Im Umgang mit dem Gefangenenlager Guantánamo (vgl. CR 3-4/2011, S. 7) will das Repräsentantenhaus die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Überführung von dort inhaftierten Gefangenen in die USA verbieten. Die Obama-Administration möchte das kontroverse Gefangenenlager schließen. Ein Versuch des Demokraten Adam Smith (Washington) den entsprechenden Zusatz zur *Defense Authorization 2012* zu streichen, scheiterte mit 165 zu 253 Stimmen. Dagegen konnte sich der Republikaner Vern Buchanan (Florida) mit 246 zu 173 Stimmen mit einem Zusatz durchsetzen, der alle Terrorismusverdächtigen, die nicht die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, automatisch zur Aburteilung vor eine Militärkommission stellen würde.

Der Versuch, die Obama-Administration mit einem *Amendment* zum sofortigen Truppenabzug aus Afghanistan zu verpflichten, scheiterte nur ganz knapp mit 204 zu 215 Stimmen. Er war von Jim McGovern (Massachusetts) eingebracht worden und sollte der Administration signalisieren, dass es „Zeit ist unsere Truppen nach Hause zu bringen“.

Im Senat hat der Streitkräfteausschuss am 16. Juni 2011 seine Vorlage zur *Defense Authorization 2012* verabschiedet. Sie sieht Kürzungen von 5,9 Mrd. USD im Verteidigungshaushalt des kommenden Jahres vor und weist 117,8 Mrd. USD für die Kriegskosten in Afghanistan und im Irak aus.

Nach dem Willen des *Senate Armed Services Committee* sollen im Haushaltsjahr 2012 32 F-35 *Joint Strike Fighter*-Jagdflugzeuge gebaut werden, allerdings zu einem festen Abnahmepreis, so dass die Herstellerfirma *Lockheed Martin Corporation* sämtliche Preisrisiken bei der Produktion tragen müsste.

Wie das Repräsentantenhaus würde auch die Vorlage des Streitkräfteausschusses im Senat den (Um-)Bau von Hochsicherheitsgefängnissen zur Aufnahme von Gefangenen aus *Guantánamo* untersagen.

Nun muss noch das Senatsplenum entscheiden, bevor beide Kammern ihre jeweiligen Vorlagen dann im Wege des Kompromisses im Vermittlungsausschuss aufeinander abstimmen können.

5. Auswärtiger Ausschuss des Senats kritisiert Afghanistan-Hilfe

Im Senat hat der Auswärtige Ausschuss am 8. Juni 2011 einen 45 Seiten umfassenden Bericht zur Afghanistan-Hilfe vorgelegt. Er trägt den Titel: Evaluating U.S. Foreign Assistance to Afghanistan“ und kann unter <http://foreign.senate.gov/reports/> eingesehen werden (Senate Report 112-21). Der Bericht, der auf eine Initiative des Ausschussvorsitzenden John F. Kerry (D-Massachusetts) zurückgeht, zeichnet ein sehr kritisches Bild der Hilfsstrategie der USA gegenüber Afghanistan.

Er stellt zunächst fest, dass die Vereinigten Staaten Afghanistan mehr Auslandshilfe zur Verfügung stellen als jedem anderen Land, einschließlich des Iraks und Pakistans. Nachdem über einen Zeitraum von 10 Jahren etwa 18,8 Mrd. USD an amerikanischer Auslandshilfe an das Land geflossen sind, hat sich die Zahl der afghanischen Kinder, die eine Schule besuchen, versiebenfacht und auch die Gesundheitsversorgung hat sich erheblich verbessert.

Gleichzeitig hält der Bericht fest: „But we should have no illusions. Serious challenges remain that will prevent us from achieving our goals unless they are addressed.“ Obwohl derzeit über das *State Department* und die *US Agency for International Development* (USAID) monatlich 320 Mio. USD an Auslandshilfe nach Afghanistan fließen, sind die Auswirkungen der Stabilisierungsprogramme nach Ansicht des Auswärtigen Senatsausschusses „begrenzt“.

Im Bericht wird insbesondere auf die „nicht intendierten Konsequenzen“ der amerikanischen Auslandshilfe an Afghanistan hingewiesen. Gemeint ist zum Einen die Korruption im Land, zum Anderen die extreme Abhängigkeit Afghanistans von auswärtigen Hilfsleistungen. Sie machen nach einem Bericht der Weltbank derzeit 97 Prozent des Bruttoinlandsprodukts Afghanistans aus, so dass nach dem Abzug der NATO-Truppen im Jahr 2014 mit einer „ernsthaften wirtschaftlichen Depression“ im Land gerechnet werden muss.

Der Auswärtige Ausschuss des Senats hält für die Obama-Administration drei Strategie-Empfehlungen bereit. *Erstens* müsse eine „multiyear civilian assistance strategy“ für Afghanistan entwickelt werden, die klare „benchmarks“ für die dortige Regierung enthalte, damit eine sinnvolle Überwachung durch die Geberländer und internationalen Hilfsorganisationen wie die *World Bank*, die *Asian Development Bank* und die *Islamic Development Bank* überhaupt erst möglich werde. *Zweitens* müssten die Leistungen der bisherigen Stabilisierungsprogramme in Konfliktgebieten grundsätzlich auf die Frage hin überprüft werden, ob sie überhaupt zur Stabilisierung der Situation vor Ort beitragen. *Drittens* müsse mehr Wert auf Nachhaltigkeit gelegt werden. Geberländer und Organisationen sollten Hilfsprojekte zukünftig nur noch implementieren, wenn sie diese auch *langfristig* aufrechterhalten könnten.

Der Senatsausschuss hält fest, dass vom Congress für Afghanistan im Haushaltsjahr 2009 2,8 Mrd. USD und im Jahr 2010 4,2 Mrd. USD an Auslandshilfe bewilligt wurden. Für das Haushaltsjahr 2012 verlangt die Obama-Administration

Hilfszahlungen in Höhe von etwa 3,2 Mrd. USD für Afghanistan.

Allerdings gelte nach wie vor, dass es Defizite bei der Überwachung der ausführenden Firmen gebe („contractors and subcontractors“). In der Zeit zwischen 2007 und 2009 hätten allein zwei Firmen, *Louis Berger International* und *Development Alternatives Inc.*, Aufträge in Höhe von etwa einer Milliarde USD erhalten, was etwa der Hälfte aller von der *US Agency for International Development* vergebenen Kontrakte in Afghanistan entsprochen habe. Dabei habe „contractor fraud“ zu erheblichen Defiziten geführt.

Auch seien bei der Beschäftigung von lokalen Kräften zum Teil gravierende Fehler gemacht worden. So hätten beispielsweise in einem Fall 40 afghanische Fachkräfte Monatsgehälter zwischen 3000 und 5000 USD pro Person erhalten, obwohl sich die monatlichen Gehälter für Lehrer oder Bedienstete im Gesundheitssektor in der Regel zwischen 50 und 100 USD bewegten. Hier mahnte der Ausschuss für die Zukunft ein „effective monitoring“ an.

Außerdem ist nach der Einschätzung des Senatsausschusses davon auszugehen, dass ein Großteil der amerikanischen Auslandshilfe an Afghanistan weiterhin versickert, ohne dass es zu einer grundständigen politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung Afghanistans kommt.

Präsident Obama hat zwischenzeitlich eine Verringerung der derzeit etwa 108.000 amerikanischen Truppen in Afghanistan angekündigt. Bis zum Sommer 2012 sollen jene etwa 30.000 amerikanischen Soldaten aus dem Land abgezogen werden, die seit dem Jahr 2009 zusätzlich dort stationiert worden waren. Bis Ende 2014 sollen dann alle amerikanischen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Die USA haben zwischen 2001 und 2010 nach Berechnungen des *Congressional Research Service* 336 Mrd. USD für die militärische Intervention in Afghanistan ausgegeben und wenden derzeit 118 Mrd. USD pro Jahr im Rahmen der *Operation Enduring Freedom* in Afghanistan auf, die am 7. Oktober 2001 begann.

Obamas Ankündigung des Truppenabzugs aus Afghanistan im Juni 2011 deckt sich mit den Einstellungsmustern der amerikanischen Öffentlichkeit. Eine Umfrage des *Pew Research Center* vom Juni 2011 zu Folge favorisiert erstmals seit zehn Jahren eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten einen Truppenabzug aus Afghanistan „as soon as possible“. Dabei ist die Unterstützung von republikanischen Parteigängern für einen Truppenabzug gegenüber dem Vorjahr um 12 Prozent gestiegen und liegt nun bei 43 Prozent. Im Juni 2010 hatten sich noch 65 Prozent der Republikaner dafür ausgesprochen, die amerikanischen Truppen solange in Afghanistan zu lassen, bis sich die Situation stabilisiert hat, während 31 Prozent sich dafür ausgesprochen hatten diese sobald wie möglich abziehen. Bei den demokratischen Parteigängern favorisieren mittlerweile 67 Prozent der Befragten einen sofortigen Truppenabzug (gegenüber 43 Prozent im Juni 2010). Bei den Befragten, die sich als „independent“ bezeichnen, sind nach *Pew Resarch* 57 Prozent für einen Truppenabzug aus Afghanistan (gegenüber 42 Prozent im Juni 2010).

6. Demokraten fordern Novellierung von *Job Training-Programmen*

Die Demokraten im Congress und Präsident Barack Obama drängen angesichts der unverändert schwierigen wirtschaftlichen Lage auf eine Erneuerung und Fortschreibung der im Zuge der Konjunkturstimulierung stark ausgeweiteten *Job Training-Programme*.

Präsident Barack Obama hat Mitte Juni 2011 bei einem Auftritt in einem Unternehmen in Durham (North Carolina) eine neue Job Training-Initiative vorgestellt. Der Vorschlag des Präsidenten zielt darauf ab, jährlich 10.000 Studienplätze für Ingenieure im *High Tech*-Bereich bereitzustellen.

Dies soll bei der Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze helfen, die, wie Obama einräumte, im Rahmen der einsetzenden Wirtschaftserholung bisher fehlen.

Im Senat hat Patty Murray (D-Washington) mit der Unterstützung der demokratischen Führung um Harry Reid (Nevada) bereits Anfang Juni 2011 eine Gesetzesvorlage zur Novellierung des *Workforce Investment Act* von 1998 eingebracht.

Das bisher 18 Mrd. USD umfassende Programm, das eine Vielzahl von Einzelprojekten bündelt, war nicht nur von Seiten konservativer Republikaner kritisiert worden. Eine Untersuchung des *General Accounting Office* (GAO) ergab, dass verschiedene Komponenten des Programms einzelne Teilbereiche gleich mehrfach abdecken.

Im Senat konnte Murray die Unterstützung von zwei republikanischen Kollegen, Michael B. Enzi (Wyoming) und Johnny Isakson (Georgia), gewinnen und damit die Chancen der Annahme über den zuständigen Ausschuss hinaus deutlich verbessern.

Im Repräsentantenhaus steht das Vorhaben dagegen unter weit weniger günstigen Vorzeichen. Die konservative republikanische Mehrheit versucht gegenwärtig systematisch die von den Demokraten propagierten und 2010/11 in großem Stil durchgesetzten Konjunkturförderprogramme zurückzustutzen oder ganz zu streichen (siehe Punkt 1).

Die Republikaner setzen für die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums und Schaffung neuer Arbeitsplätze auf einen Abbau der Neuverschuldung und Steuersenkungen.

Für Präsident Obama scheint der einzige Weg, seine neue Initiative durchsetzen, die Aushandlung eines Kompromisspaketes mit Senat und Repräsentantenhaus zu sein.

Mit Blick auf die näher rückenden Wahlen 2012 zeigen die vergleichsweise klein dimensionierten Vorstöße jedoch auch, dass es für die Demokraten zunehmend schwierig wird, die von ihnen so dringend geforderten und benötigten Impulse für die Wiederbelebung des Arbeitmarktes gegen die erstarkten Republikaner durchzusetzen.

7. Congressional Budget Office warnt vor wachsender Staatsverschuldung

Der Direktor des Congressional Budget Office (CBO), Douglas W. Elmendorf, hat am 23. Juni 2011 zur langfristigen Entwicklung des amerikanischen Bundeshaushalts vor dem Committee on the Budget des Repräsentantenhauses Stellung genommen. Die Aussagen mit dem Titel: „CBO’s 2011 Long-Term Budget Outlook“ können unter <http://www.cbo.gov/ftpdocs/122xx/doc12253/06-23-LTBOtestimony.pdf> eingesehen werden.

CBO weist auf die Rekord-Staatsverschuldung in den USA hin, die von 40 Prozent gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) am Ende des Jahres 2008 auf etwa 70 Prozent im Jahr 2011 ansteigen wird, was dem höchsten Verschuldungsstand seit 1945 entspricht.

CBO warnt davor, dass vor allem die Kosten für die so genannten mandatory health care programs (gemeint sind *Medicare* und *Medicaid*) von derzeit 6 Prozent am BIP auf etwa 9 Prozent im Jahr 2035 ansteigen dürften. Rechnet man die Kosten für *Social Security* noch hinzu, dann könnte sich dieser Ausgabenbereich in 25 Jahren auf 15 Prozent am BIP summieren.

In einem ersten „Extended Baseline Scenario“ geht das CBO davon aus, dass die Staatsverschuldung der USA bis zum Jahr 2035 auf etwa 84 Prozent des BIP ansteigen dürfte. Allerdings könnte sich die Staatsverschuldung in einem zweiten „Alternative Fiscal Scenario“ wesentlich dramatischer entwickeln, insbesondere wenn die Steuersenkungsprogramme des Jahres 2001, die 2010 fortgeschrieben wurden, beibehalten werden. In diesem Fall könnte die Staatsverschuldung in den USA bereits in zehn Jahren (2021) gemessen am BIP die 100 Prozent-Marke übersteigen und bis zum Jahr 2031 sogar auf astronomische 190 Prozent ansteigen.

Elmendorf hielt in seinem *Testimony* fest:

„To keep deficits and debt from climbing to unsustainable levels, policymakers will need to increase revenues substantially as a percentage of GDP (Gross National Product), decrease spending significantly from projected levels, or adopt some combination of those two approaches. Making such changes while economic activity and employment remain well below their potential levels would probably slow economic recovery. However, the sooner that medium- and long-term changes to tax and spending policies are agreed on, and the sooner they are carried out once the economy recovers, the smaller will be the damage from growing federal debt.“

Im Jahr 2009 lag die Neuverschuldung in den USA bei 1,4 Billionen USD, im Jahr 2010 bei 1,3 Billionen USD. Im laufenden Jahr 2011 könnte eine Neuverschuldung von 1,48 Billionen USD zu Buche schlagen. Generell wird das Haushaltsdefizit nach Berechnungen von CBO vom Januar 2011 in den nächsten zehn Jahren wahrscheinlich pro Jahr nicht unter 500 Mrd. USD fallen.

Folgt man dem CBO, dann müssten bis zum Jahr 2021 Einsparungen von jährlich bis zu 700 Mrd. USD vorgenommen werden, um die galoppierende Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Kent Conrad (D-North Dakota), der Vorsitzende des *Senate Budget Committee*, mahnte deshalb größere Kürzungen als jene 2 Billionen USD an, die für die nächsten zehn Jahre ins Auge gefasst worden sind, um das strukturelle Defizit in den Griff zu bekommen.

8. Demokratin gewinnt Nachwahl im Bundesstaat New York

Die Demokratin Kathy Hochul hat Ende Mai 2011 die Nachwahlen im 26. Distrikt des Staates New York überraschend gegen ihre republikanische Konkurrentin Jane Corwin und einen parteiunabhängigen, der *Tea Party* Bewegung nahe stehenden Bewerber, Jack Davis, gewonnen.

Der Sitz war nach dem Rücktritt des republikanischen Abgeordneten Christopher Lee in Folge der Veröffentlichung einer persönlichen Affäre vakant geworden. Der Wahlkreis war in den zurückliegenden Jahrzehnten fest in der Hand der Republikanischen Partei, so dass Beobachter Hochul zunächst keinerlei Chancen eingeräumt hatten.

Doch Hochul thematisierte in ihrer Kampagne die Kürzungsvorschläge der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus (siehe Punkt 1). Sie strich insbesondere die geplante Umstellung von Medicare, der Bundeskrankenversicherung für Rentenbezieher, auf ein Programm mit feststehenden Versicherungszuschüssen heraus, das den Versicherten erhebliche Mehrkosten für privat abzuschließende Policen zumutet.

Jane Corwin, die sich öffentlich explizit auf eine Unterstützung des drakonischen Sparprogramms der Republikaner im Congress festgelegt hatte, charakterisierte zwar die Behauptungen ihrer Konkurrentin als Angstpropaganda. Doch offensichtlich folgten nicht wenige Wähler Hochuls Argumentation.

Hochul erhielt nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 47 Prozent der Stimmen, Corwin 43 Prozent und Davis 9 Prozent.

Während die Demokraten den Überraschungserfolg feierten, spielten die Republikaner das enttäuschende Ergebnis herunter. Der Abgeordnete Pete Sessions (R-Texas), der Vorsitzende des Wahlkampfkomitees der Republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus, dem *National Republican Congressional Committee* (NRCC), wies darauf hin, dass die Demokraten auch vor ihrem Mehrheitsverlust 2010 Erfolge in Nachwahlen verbucht hatten.

Die Republikaner wiesen die Schuld an der unerwarteten Niederlage dem Außenseiter Davis zu, der im Wahlkampf für seinen 9-prozentigen Stimmanteil über 2,5 Mio. USD

verausgabte und als Rechtskonservativer diese Stimmen, so die Vermutung, meistens Corwin entzog.

Wenngleich die konservativen Kommentatoren gute Argumente aufweisen können, die den Schluss von Nachwahlen im Mai 2011 auf die Wahlen im November 2012 als gewagt erscheinen lassen, zeigt das Ergebnis doch auch die politische Verwundbarkeit der Republikanischen Partei im anstehenden Wahljahr.

Obwohl das politische Klima generell von der nur schleppenden Wirtschaftserholung und der ausbleibenden Entspannung am Arbeitsmarkt geprägt ist und hierfür primär die Demokraten unter Führung Präsident Barack Obamas verantwortlich gemacht werden, sind weder die Republikaner im Congress noch ihre Politik sonderlich populär.

In der Sozialpolitik gelten die Rentenversicherung und die Alterskrankenversicherung Medicare traditionell als dritte, Strom führende Schiene („*third rail*“), die der Partei, die sie antastet, einen Starkstromschlag versetzt, um im Bild zu bleiben. Grundsätzlich ist die von den Republikanern propagierte Politik drastischer Ausgabenkürzungen im Vergleich zu dem hehren Ziel des Budgetausgleichs allerdings eher unpopulär.

Jeder Versuch, ernsthafte Kürzungsanstrengungen aus dem Wahlkampfprogramm heraus zu halten oder sie sozial abzufedern, fordert jedoch die innerparteiliche Opposition heraus, die mit der Tea Party Bewegung gegenwärtig über ein ebenso aktives wie politisch wirkmächtiges Ventil verfügt.

Der republikanische Wahlsieg 2010, der der Partei starken Auftrieb nach der herben Niederlage von 2008 gegeben hat, erweist sich mit der hieraus resultierenden Beteiligung an der politischen Verantwortung als zweiseitiges Schwert.

Für die Demokraten ist Hochuls Erfolg kaum ein Patentrezept, demonstriert aber die Optionen für den Wahlkampf. Dies lässt für 2012 harte Auseinandersetzungen um die Wirtschafts-, Budget- und Sozialpolitik erwarten.

9. Senator Kohl kündigt Rückzug aus der Politik an

Senator Herb Kohl (D-Wisconsin) hat Mitte Mai 2011 bekannt gegeben, dass er sich nach Ablauf der Legislaturperiode nicht erneut zur Wahl stellen will. Kohl schließt sich damit der immer länger werdenden Reihe von Senatsveteranen an, die sich mit dem Ende des 112. Congress aus der Legislative zurückziehen wollen (vgl. CR 3-4/2011, S. 13).

Der 76-jährige Kohl, erfolgreicher Geschäftsmann und Besitzer einer Basketball-Mannschaft, den „Milwaukee Bucks“, war zuerst 1988 als Nachfolger des bekannten demokratischen Senators William Proxmire gewählt worden.

Der in der Öffentlichkeit eher zurückhaltende Kohl finanzierte seine Wahlkämpfe größtenteils mit seinem Privatvermögen und warb mit seiner persönlichen Unabhängigkeit („nobody's Senator but yours“).

Der Senator gehört zu den verlässlichen liberalen Stimmen im Senat. In Einzelfragen wie der von Präsident George W. Bush 2001 initiierten Steuerreform wich er jedoch ohne Zögern von der Linie der Parteiorthodoxie ab.

Der Hauptfokus seiner gesetzgeberischen Arbeit lag im Bereich der Agrar- und der Gesundheitspolitik. Im Senat war er zuletzt Vorsitzender des Unterausschusses für Landwirtschaft des einflussreichen Haushaltsbewilligungsausschusses (*Appropriations Committee*) sowie Vorsitzender des Antitrust-Unterausschusses des Justizausschusses (*Judiciary Committee*).

Für die Demokratische Partei wird es voraussichtlich 2012 alles andere als einfach, Kohls Senatssitz zu verteidigen. Während Wisconsin historisch eher den Demokraten zuneigt, hat es sich in den letzten Jahren zu einem parteipolitisch hoch kompetitiven Staat entwickelt.

Senator Russ Feingold (D) verlor seinen Wahlkampf in Wisconsin 2010 gegen einen zuvor wenig bekannten Republikaner und Polit-Neuling, Ron Johnson. 2012 verspricht mit Blick auf die unverändert angespannte Wirtschaftslage ebenfalls ein schwieriges Jahr für Demokraten zu werden.

Allerdings haben sich Republikaner unter Führung des Gouverneurs, Scott Walker (R), in kontroversen politischen Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften verstrickt, so dass sich die Demokraten verbesserte Chancen ausrechnen.

Ungeachtet der Entwicklung der politischen Dynamik in Wisconsin erhöht Kohls Abtritt jedoch die Unsicherheit der Demokraten über die Aussichten der Verteidigung ihrer knappen Senatsmehrheit von 53 Stimmen, rechnet man die beiden parteiunabhängigen Senatoren hinzu.



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>